

# Regime-Change oder »Libanonisierung« in Syrien?

Der Bürgerkrieg in Syrien ist längst zu einem blutigen Stellvertreterkonflikt zwischen regionalen und internationalen Mächten geworden. Bashar al-Assad und sein Regime soll mit allen Mitteln von der Macht verdrängt werden, auf der Strecke droht das syrische Volk und der syrische Staat als Ganzes zu bleiben.

Von **Ludwig Watzal**

**V**om »Arabischen Frühling« spricht heute niemand mehr. Er hat sich längst in einen »sibirischen Winter« verwandelt. Länder wie Libyen und Jemen haben sich in islamistische Autokratien verwandelt, teils herrschen dort chaotische Zustände, oder werden wie Ägypten wieder vom Militär regiert. Das dortige Militär hat die demokratisch gewählte Regierung von Präsident Mohammed Mursi durch einen Militärputsch gestürzt. Für den US-amerikanischen Außenminister hatte das Militär aber nur »die Demokratie wiederhergestellt«.

In Syrien tobt seit drei Jahren ein Bürgerkrieg zwischen der Regierung von Bashar al-Assad und importierten Dschihadisten und Salafisten, die bereits für den »heiligen Krieg« in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen und dem Sudan gekämpft haben, um jetzt in Syrien einen islamischen Gottesstaat, ein Kalifat, zu errichten. Die Bürgerkriegslage in Syrien wurde aus geopolitischen Gründen künstlich herbeigeführt ebenso wie jüngst in der Ukraine, wo ein demokratisch gewählter Präsident von einem von den USA gesteuerten und finanziell unterstützten Mob gestürzt worden ist.

Um die Macht in Syrien findet ein Stellvertreterkrieg zwischen den USA, Frankreich, Saudi-Arabien, Türkei, Israel und Katar einerseits und Russland, Iran und der Hisbollah andererseits statt. Im Wesentlichen sind es die geopolitischen Rivalitäten zwischen den Staaten in der Region, die dem Konflikt um Syrien seine Brisanz verleihen. Was als Aufstand im Rahmen des Arabischen Frühlings gegen das Assad-Regime begann, hat sich zu einem sektiererischen Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten um die Vorherrschaft im Nahen Osten ausgeweitet. Hauptsponsor dieses Terrorkrieges gegen Assad ist Saudi-Arabien und zu einem geringeren Teil das Emirat Katar. Das Ziel dieser »unheiligen Allianz« zwischen dem Westen und den reaktionärsten arabischen Despoten ist der Sturz Assads und die »Libanonisierung« Syriens, um Iran zu schwächen und letztendlich das Mullah-Regime zu stürzen.<sup>1</sup> Sollte dieses Ziel erreicht werden, verlöre der Hisbollah seine Unterstützer und Israel könnte in dieser Region nach Belieben schalten und walten und wäre alle Sorgen los, den Palästinensern auch nur

einen Zentimeter in den »Friedensverhandlungen« entgegenzukommen.

Der Bürgerkrieg in Syrien hat bisher einen hohen Blutzoll gefordert. Für die fast 150 000 Toten, über zwei Millionen Flüchtlingen und mehr als 6 Millionen entwurzelter Syrer sind zu gleichen Teilen das Assad-Regime und die eingeschleusten Terrorgruppen und Söldner verantwortlich. Die pharisäerhafte Haltung und die hypermoralischen Belehrungen der USA und des Westens wollen nach den Verbrechen der USA in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien weder Bashar al-Assad noch Vladimir Putin weiter hören.

## Die repressive Herrschaft des Assad-Klans und die Entstehung des Widerstandes

Der Assad-Klan hat Syrien seit 1971 fest im Griff, wobei er sich auf das Militär und die zahlreichen Geheimdienste stützt. Gegen jegliche Opposition wird gewaltsam vorgegangen. So schlug Hafis al-Assad, der Vater von Bashar al-Assad, einen Aufstand der Muslimbrüder im Februar 1982 in der Stadt Hama nieder, bei dem nach Schätzungen zwischen 30 000 bis 40 000 Menschen ums Leben kamen. Auch Bashar al-Assad setzte immer wieder brutale Gewalt ein, wie zum Beispiel 2004, als er einen Aufstand im Kurdengebiet niederschlagen ließ, der sich anlässlich eines Fußballspiels zwischen den Mannschaften entzündete.

Mit der Machtübernahme von Bashar al-Assad verband sich in Syrien die Hoffnung auf eine Öffnung der unter totaler Kontrolle leidenden Gesellschaft. Syrien war ein Polizeistaat, und die Menschen litten unter einer totalen gesellschaftlichen Repression. Der mit dem Machtwechsel im Jahr 2000 aufkeimende »Damaszener Frühling« dauerte gerade einmal zehn Monate. Obwohl die alte Garde um Hafis al-Assad von dessen Sohn ersetzt worden ist, übernahm Bashar schnell wieder die politischen Herrschaftspraktiken des alten Regimes. Die Liberalisierung, die alle Teile der Gesellschaft erfasst hatte, wurde wieder rückgängig gemacht. Im Frühjahr 2001 wurden die missliebigen Kritiker eingeschüchtert, verhaftet und anhand von Scheinbelastungen abgeurteilt. In gewissen Abständen gab es immer wieder Verhaftungswellen. So wurden zum Beispiel die Unterzeichner der »Erklärung von Damaskus«<sup>2</sup> vom

<sup>1</sup> Folgende zwei Bücher gehören zu den Besten, die auf dem deutschsprachigen Markt zu finden sind, weil sie ohne Scheuklappen eine Zustandsanalyse des Landes liefern, zu der die interessengeleiteten Massenmedien nicht in der Lage sind, da sie zur Kriegspartei geworden sind. Vgl. Fritz Edlinger/Tyma Kraitt (Hrsg.), *Syrien. Hintergründe, Analysen, Berichte, Promedia*, Wien 2013; Wolfgang Gehucke/Christiane Reymann (Hrsg.), *Syrien. Wie man einen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert*, PapyRossa, Köln 2013.

<sup>2</sup> [http://www.inamo.de/tl\\_files/dossiers/hissou\\_inamo-46-2006.pdf](http://www.inamo.de/tl_files/dossiers/hissou_inamo-46-2006.pdf).

Oktober 2005 oder die Unterzeichner der »Beirut-Damaskus-Erklärung«<sup>3</sup> vom Mai 2006 verhaftet und abgeurteilt. Auch das einfache Volk spürte die massiven Repressionen und Einschüchterungen.

Über Jahrzehnte segelte Syrien im Windschatten anderer Krisen in der Region. Selbst zwischen Syrien und Israel, das seit dem Krieg vom Juni 1967 die syrischen Golan-Höhen besetzt hält und kolonisiert, herrschte Waffenstillstand. Und als Hafis al-Assad sich der von den USA geführten Armada anschloss, um Saddam Hussein aus Kuwait zu vertreiben, schienen selbst die USA das Regime zu akzeptieren. Erst als George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von einer »Achse des Bösen« (Iran, Irak, Nordkorea) sprach und sein Staatssekretär John Bolton diese um Syrien, Libyen und Kuba erweitert, zogen dunkle Wolken über Syrien auf. Selbst al-Assads Bereitwilligkeit, im Rahmen des US-Rendition-Programmes von der CIA überstellte »Terroristen« zu foltern, nutzte dem Assad-Regime wenig. Wie der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber in Europa, General Wesley Clark, in einem Interview mit Amy Goodman erklärte, habe die Bush-Administration unmittelbar nach dem 11. September beschlossen, innerhalb von fünf Jahren sieben Regierungen zu stürzen; auch Syrien stand auf dieser Liste.<sup>4</sup> Dieser Putsch-Optimismus der neokonservativen Bush-Krieger wurde durch die Realität in Afghanistan und Irak jäh gebremst, aber auch von Präsident Barack Obama nie ganz aufgegeben. Anstatt direkt zu intervenieren, hat sich das US-Imperium auf Stellvertreterkriege spezialisiert, die, wie im Falle Syrien, von Saudi-Arabien und den Scheichtümern auf der arabischen Halbinsel finanziert werden.

Das Assad-Regime reformierte und liberalisierte die Wirtschaft. Davon profitierten besonders die urbane Mittelschicht und die alawitische Herrschaftselite. Politische Stabilität und die öffentliche Sicherheit schienen garantiert, soweit man die Zwänge eines Polizeistaates bereit war zu akzeptieren. Syrien zeichnete sich unter allen arabischen Ländern durch seine Toleranz gegenüber religiösen Minderheiten aus. Als um die Jahreswende 2010/2011 die Proteste in Tunesien und Ägypten zu einer Gefahr für die dortigen Machthaber wurden, erklärte Präsident al-Assad, dass diese Proteste nicht auf Syrien übergreifen könnten, da seine Regierung eng mit dem Volk zusammenarbeite und Reformen vorantreibe, ohne die Vorgaben des Westens zu befolgen.<sup>5</sup> Wie nervös jedoch die Regierung war, zeigte sich daran, dass bereits die kleinste Menschenansammlung gewaltsam aufgelöst worden ist.

Erst allmählich entwickelten sich aus mehreren vereinzelnden Protesten Massendemonstrationen, die in der Regel nach den traditionellen Freitagsgebeten im Anschluss an den Moschee-Besuch entstanden. Auslöser der Proteste am 18. März 2011 war die Verhaftung von 15 Kindern in Daraa zwei Wochen zuvor; sie hatten Parolen wie »Das Volk will den Sturz des Regimes« auf Wände geschrieben. Neben der Forderung nach Freilassung der Kinder, die auch erfolgte, richteten sich die Demonstrationen gegen die latente Korruption der Führungselite. Noch forderte das Volk nicht den Sturz Assads, sondern nur ein Leben in »Freiheit und Würde«.

Es waren im Wesentlichen vier Gruppen, die zu den Trägern des Aufstandes gegen Assad wurden: *erstens* die etablierten

Oppositionskräfte, *zweitens* die Internet-Generation, *drittens* die Wirtschaftsverlierer und *viertens* die Zornigen, die zu Opfern des Aufstandes geworden sind und die selbst Repressalien erlebt haben, fliehen mussten oder das Vorgehen des Regimes gegen das eigene Volk ablehnten.<sup>6</sup> Der Widerstand gegen al-Assad findet auf vier Ebenen statt, und zwar 1. seitens der Auslandsopposition, 2. der Inlandsopposition, 3. den friedlichen Demonstranten und 4. den verschiedenen Rebellen- und Terrorgruppen.

Die wichtigste Auslandsopposition war bis zur Bildung der Nationalen Koalition der Syrische Nationalrat (SNC) mit Sitz in Istanbul. Die »Nationale Koalition« wurde am 11. November 2012 auf Druck der USA in Doha gegründet. Im Dezember 2012 wurde diese Koalition von 130 Staaten als offizielle Vertretung des syrischen Volkes anerkannt. Die »Nationale Koalition« lehnt die Inlandsopposition ab, da diese sich Gesprächsbereit gegenüber Assad zeigt. Die Inlandsopposition ist im »Nationalen Koordinierungskomitee für demokratischen Wandel« (NCC) zusammengeschlossen. Das NCC vereint unter seinem Dach einen Großteil der säkularen Parteien, Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten. Von anderen Gruppen werden sie als »Lakaien« des Regimes angesehen.

Die »Freie Syrische Armee«, die sich aus Überläufern der regulären syrischen Streitkräfte zusammensetzt, sowie die radikalen Rebellen- und Terrorgruppen sowie Dschihadisten und Salafisten kommt eine immer größere Bedeutung zu, da das Schicksal Syriens auf dem Schlachtfeld entschieden werden dürfte. Daneben gibt es die Muslimbrüder, die aber seit 1980 verboten sind. Sie stellen ein Viertel der Mitglieder des SNC und sind in den Widerstand insgeheim eingebunden. Sie sind und bleiben ein wichtiger Akteur, was die Zukunft Syriens anbetrifft.

### Syriens Zukunft: »Libanonisierung«?

Die Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Genf sind Anfang des Jahres ohne Ergebnisse zu Ende gegangen. Die Vertreter der syrischen Regierung unter Leitung des Außenministers Walid Al-Muallim und Vertreter der Opposition im Ausland redeten aneinander vorbei. Sprach der syrische Außenminister über den Kampf gegen »Terrorismus« und dessen Drahtzieher,<sup>7</sup> die »autokratischen Unterdrückermonarchien« und die ehemaligen Kolonialmächte, forderte die Opposition eine Übergangsregierung ohne Assad. Dass die westlichen Regierungen dem Assad-Regime eine »Blockadehaltung« vorwarfen, verwundert nicht, unterstützen sie doch jeglichen Widerstand, auch den der Terroristen. Auch Saudi-Arabien zeigte sich mit dem Ergebnis unzufrieden und sagte den Aufständischen weitere moderne Waffen zu. »Spiegel online« berichtet am 10. März 2014, dass saudi-arabische Waffenlieferungen an militante und radikale Islamisten gegangen seien.<sup>8</sup>

Die USA und ihre westlichen Verbündeten unterstützen angeblich nur die so genannten moderaten Kräfte militärisch, diese bestimmen aber schon lange nicht mehr die Entwicklung in Syrien. Extremistische, terroristische und dschihadistische Kräfte bestimmen zunehmend den Gang der Ereignisse. Sie

3 <http://www.amnesty-rostock.de/Main/AlsUnterzeichnerDerBeirut-Damaskus-Erkl%C3%A4rungZuHohenHaftstrafenVerurteilt>.

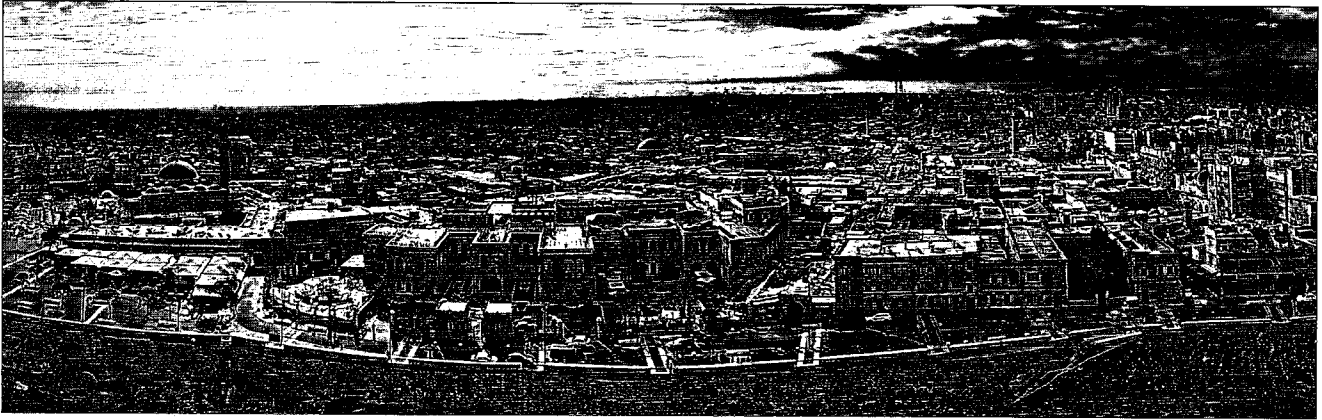
4 <http://www.youtube.com/watch?v=BSL3jgorkdU>.

5 <http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424052748703833204576114712441122894>.

6 Vgl. Thorsten Gerals Schneiders, *Der Arabische Frühling in Syrien*, in: ders. (Hrsg.), *Der Arabische Frühling. Hintergründe und Analysen*, Wiesbaden 2013, S. 240.

7 <http://www.jungewelt.de/2014/01-23/052.php>. Über die Rede Walid Al-Muallim berichteten die westlichen Medien gar nicht oder extrem verzerrt. Nur die Tageszeitung »Junge Welt« dokumentierte große Teile in Auszügen.

8 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/saudische-waffen-sollen-bei-iraks-radikalen-angekommen-sein-a-957796.html>.



Die Altstadt von Aleppo im November 2011 von der Zitadelle aus. Vieles auf dem Bild existiert mittlerweile nicht mehr.

werden von Saudi-Arabien und Katar finanziell und militärisch aufgerüstet. Obwohl beide Länder enge Verbündete der USA sind und sicherheitspolitisch von den US-Amerikanern abhängen, fördern sie jedoch die extremsten und radikalsten Kräfte, wohingegen die USA immer von der Unterstützung angeblich »Moderater« redet, wie jüngst der ehemalige Sicherheitsberater von Präsident Bill Clinton in der »Washington Post«.<sup>9</sup>

Anstatt weiter Öl ins Feuer zu gießen, indem man das Assad-Regime durch eine islamistische »Regierung« ersetzen will, sollte der Westen den Terrorismus in Syrien stoppen und ihn zurückdrängen, indem die Bewaffnung und Finanzierung der gewalttätigen Banden aufhört. Mit kriegerischen Mitteln etwas Humanitäres erreichen zu wollen, ist zynisch. Das US-Imperium und seine westlichen Alliierten haben seit dem Angriff auf Afghanistan und dem Überfall auf Irak in dieser Region nur Tod, Zerstörung und unermessliches Leid über die Völker des Nahen und Mittleren Ostens gebracht. Nimmt man noch den gewaltsamen Umsturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hinzu, ist das humanitäre Desaster perfekt. Anstatt sich die europäischen Staaten von der mörderischen Politik der USA in dieser Region distanzieren, folgen sie bereitwillig in deren Fußstapfen und setzen ihre menschenfeindliche Politik fort.

Für den Westen stellt nicht das al-Assad-Regime die größte Bedrohung dar, sondern ihr vermeintlicher Verbündeter Saudi-Arabien. Das Land gilt als einer der Hauptsponsoren des weltweiten islamistischen Terrorismus, wie der britische »Guardian« berichtet.<sup>10</sup> Um den zahlreichen Bedrohungen innerhalb des saudi-arabischen Regimes ein Ventil zu geben, hat sich das politische Establishment auf die Unterstützung der radikalsten und fundamentalistischsten Gruppierungen weltweit verlagert. »Faced with internal dissent from repressed subjects and religious minorities, the Saudi dictatorship perceives threats and dangers from all sides: overseas, secular, nationalists and Shia ruling governments; internally, moderate Sunni nationalists, democrats and feminists; within the royalist cliques, traditionalists and modernizers. In response it has turned toward financing, training and arming an international network of Islamic terrorists who are directed toward attacking, invading and destroying regimes opposed to the Saudi clerical-dictatorial regime«, schreibt James Petras in einem Beitrag auf der Website von »Global Research« vom 11. Januar 2014.<sup>11</sup> Führender Kopf dieses Terrornetzwerkes ist

Bandhar bin Sultan, besser bekannt unter seinem »Nom de Guerre«, Bandar Bush. »In reality, Bandar bin Sultan is the protégé and successor of Bin Laden; he has deepened and systematized global terrorism. Bandar's terror network has murdered far more innocent victims than Bin Laden.«

Bisher ist es den USA und ihren Verbündeten nicht gelungen, das Assad-Regime zu stürzen, obgleich man unmittelbar nach Ausbruch der Gewalthandlungen getönt hatte, dass »Assads Tage gezählt sind«; auch Obama kündigte an: »Asad has to go.« Nachdem der Westen Russland und China durch seinen Missbrauch der UN-Sicherheitsratsresolution gegen Gaddafi getäuscht hatte, legten beide Länder gegen jede Syrien-Resolution im Sicherheitsrat ihr Veto ein. Es zeigte sich, dass den USA und seinen Verbündeten nicht zu trauen ist.

Die konstruktive Rolle Russlands kann in diesem Konflikt nicht positiv genug dargestellt werden, weil es der russischen Diplomatie gelungen ist, nach dem inszenierten Giftgasangriff der Rebellen, ein Bombardement der USA verhindert zu haben. Mit dem Giftgasangriff auf Zivilisten, bei dem mehr als 1 400 Menschen, darunter viele Kinder, ums Leben kamen, wollten die Aufständischen den Westen in den Konflikt mit hineinziehen. Die von Obama gezogene »rote Linie« im Falle eines Giftgaseinsatzes brauchte der US-Präsident dank Russlands geschickter Vermittlung nicht zu überschreiten.

Neben dem autokratischen Regime des Emirs von Katar unterstützen auch die anderen Scheichtümer auf der arabischen Halbinsel den Aufstand gegen al-Assad. Die Golf-Despoten, die selber die Menschenrechte ihrer Untertanen mit Füßen treten und ein absolutistisches Regime anführen, maßen sich an, Assad zu kritisieren, dass er die Menschenrechte missachte, Menschen tötete und über keine Legitimität verfüge. Die Länder des Golf-Kooperationsrats sehen in Iran die größte Bedrohung ihrer Sicherheit, weil es in ihren Staaten große schiitische Minderheiten gibt, die unterdrückt werden. So stellen die Schiiten in Bahrain die Mehrheit, sind aber von der Macht im Staat ausgeschlossen. Die sunnitischen Despoten stimmen mit der Politik von Assad nicht überein, der als Alewit, eine Form des Schiismus, die Politik Irans und des Hisbollah gegen Israels Besatzungsregime unterstützt. Im Gegensatz zu Saudi-Arabien und Katar, die die extremistischen Kräfte in Syrien massiv unterstützen, haben die anderen Scheichtümer primär auf Diplomatie gesetzt. Erst als diese gescheitert war, haben sie ihre Botschafter aus Damaskus abgezogen und wiesen die syrischen Botschafter aus. Die Länder des Golf-Kooperationsrates sind sich nur darin einig, dass Assad von der Macht entfernt werden müsse und er durch einen Sunniten zu ersetzen sei.

Sollte der Sturz des Assad-Regimes misslingen, bietet sich

<sup>9</sup> [http://www.washingtonpost.com/opinions/the-us-must-take-action-to-deal-with-al-qaeda-in-syria/2014/02/14/174a1d2e-9501-11e3-83b9-1f024193bb84\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/opinions/the-us-must-take-action-to-deal-with-al-qaeda-in-syria/2014/02/14/174a1d2e-9501-11e3-83b9-1f024193bb84_story.html).

<sup>10</sup> <http://www.theguardian.com/world/2010/dec/05/wikileaks-cables-saudi-terrorist-funding>.

<sup>11</sup> <http://www.globalresearch.ca/global-terrorism-and-saudi-arabia-a-retrograde-rentier-dictatorship/5364556>.

den Regionalmächten immer noch die Alternative einer »Libanonisierung« Syriens an. Ein solches Szenario würde auch in die machtpolitischen Planspiele Israels passen. Seit die ersten zionistischen Kolonisatoren nach Palästina kamen, haben sie Konflikte entlang sektiererischen Linien geschürt. Diese Strategie der Auflösung staatlicher Strukturen soll gegen jedes arabische Land angewendet werden, das sich den zionistischen Forderungen widersetzt. Am klarsten wurde diese Strategie von Oded Yinon in seinem berühmt-berüchtigten Aufsatz »A Strategy for Israel in the Nineteen Eighties«<sup>12</sup> ausdifferenziert. Alle arabischen Staaten sollen entlang sektiererischer Linien aufgeteilt und zersplittert, sprich balkanisiert werden. »The total disintegration of Lebanon into five regional local governments is the precedent for the entire Arab world (...) The dissolution of Syria, and later Iraq, into districts of ethnic and religious minorities following the example of Lebanon is Israel's main long-range objective on the Eastern front. The present military weakening of these states is the short-range objective. Syria will disintegrate into several states along the lines of its ethnic and religious structure (...) As a result, there will be a Shi'ite Alawi state, the district of Aleppo will be a Sunni state, and the district of Damascus another state which is hostile to the northern one. The Druze – even those of the Golan – should form a state in Hauran and in northern Jordan (...) the oil-rich but very divided and internally strife-ridden Iraq is certainly a candidate to fill Israel's goals ... Every kind of inter-Arab confrontation (...) will hasten the achievement of the supreme goal, namely breaking up Iraq into elements like Syria and Lebanon.« Im Lichte dieser Chaosstrategie ist es verständlich, dass der amerikanische Außenminister John Kerry mit aller Macht den Palästinensern ein Abkommen oktroyieren will.

Der Yinon-Plan spielte auch in dem Strategiepapier »Clean Break – Sauberer Bruch« eine zentrale Rolle, das von Richard Pearl zusammen mit führenden US-amerikanischen Zionisten 1996 für den damaligen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu gefertigt worden ist. Sein vollständiger Titel lautet: »Ein sauberer Bruch: Eine neue Strategie zur Sicherung des Reichs.« Laut diesem Plan sollte Syrien aus dem Libanon gedrängt und mit Hilfe Jordaniens und der Türkei destabilisiert werden. »Israel kann seine strategische Umgebung in Zusammenarbeit mit der Türkei und Jordanien durch Schwächung, Eindämmung und sogar dadurch umgestalten, dass Syrien zurückgedrängt wird. Im Rahmen dieser Bemühungen kann man sich darauf konzentrieren, im Irak Saddam Hussein zu stürzen – ein wichtiges Ziel, auf das Israel eigenständig hinarbeiten sollte –, um so den syrischen Ambitionen in der Region entgegenzutreten.«<sup>13</sup> Als einen ersten Schritt zur Neuordnung des Nahen Ostens forderte das Papier den Sturz Saddam Husseins. Im Lichte dieser beiden Strategiepapiere erscheinen die Entwicklungen in der nahöstlichen Region bewusst geplant. Diese gewaltsame Umwälzung des Nahen Ostens wurde natürlich durch ein rhetorisches Feuerwerk, das »Demokratie«, »Meinungsfreiheit«, »Menschen- und Frauenrechte«, »gute Regierungsführung« und all die anderen westlichen Nettigkeiten realisieren sollte, begleitet. Dass es dabei aber nur um nackte Machtpolitik geht, bleibt auch den westlichen Regierungsmedien verborgen.

Besonders aggressiv verhält sich die Türkei gegenüber Syrien. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan fordert nicht

nur den Sturz Assads, sondern verlangt offen, gegen Syrien in den Krieg zu ziehen unter Beteiligung seines Landes. Erdogan fürchtet, dass mit einem unkontrollierten Zusammenbruch des Assad-Regimes, die politischen Aspirationen der Kurden auf staatliche Eigenständigkeit auch in der Türkei wieder aufblühen könnten. Die Türkei beansprucht bei einer möglichen Regierungsbildung in Syrien, mitbestimmen zu können. Auch soll verhindert werden, dass fundamentalistische Extremisten der Al Nusra-Front oder andere Al-Kaida nahe Gruppen an die Regierung kommen. Über die Türkei werden die Aufständischen mit modernen Waffen versorgt.

Erdogans Säbelrasseln und aggressives Kriegsgeschrei dürfte jedoch einen Dämpfer durch die massiven Demonstrationen gegen seine Politik und die Aufdeckung von Korruption innerhalb seiner Familie erhalten haben. Es scheint kein Zufall zu sein, dass gerade in den letzten Wochen die abgehörten Telefonate zwischen Erdogan und seinem Sohn in der Öffentlichkeit lanciert wurden. Erdogan hatte laut einer Meldung vom Mai 2010 der westlichen Politik eine weise Mahnung erteilt, als er den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates Glaubwürdigkeitsdefizit attestiert: »Es ist die Zeit gekommen, darüber zu diskutieren, ob wir an die Herrschaft des Rechts oder an das Recht der Herrschenden und Überlegenen glauben.« An sie sollte er sich erinnern. Erdogans neo-osmanische Träume könnten sich zum Alptraum entwickeln, sollten die Kurden wieder ihre Eigenstaatlichkeit fordern. Ein Kurdenstaat aus Teilen der Türkei, Syrien, Irak und Iran ist überfällig und sollte nach einer möglichen Neuordnung des Nahen Ostens auf der politischen Tagesordnung stehen.

#### Ausblick

Auch die öffentliche Meinung in der arabischen Welt scheint sich allmählich von ihren Herrschern abzuwenden, die das Assad-Regime mit aller Gewalt und unter Inkaufnahme größter menschlicher Opfer stürzen wollen. Sie greifen die USA und Israel an, die diesen Konflikt am Kochen halten, um Syrien schwach und instabil zu halten. Der Sturz des Assad-Regimes schien in den Augen der Weltöffentlichkeit ein »Spaziergang« zu sein wie weiland der Überfall der USA im Irak. Trotz der unvorstellbaren Leiden des syrischen Volkes, für die man bei weitem nicht das Regime alleine verantwortlich machen kann, mehren sich die Stimmen jener, die sich von einem völligen Chaos in Syrien und der zumindest teilweisen Machtübernahme fanatischer Dschihadisten fürchten.

Paradoxerweise ist es Präsident Assad, der am ehesten einen friedlichen Übergang zur Demokratie erreichen könnte. Weil er nicht nur die Macht hat, sondern nach wie vor auch bei einem Teil der Bevölkerung Ansehen genießt. Die syrische Bevölkerung sollte sich an die schrecklichen Erfahrungen der afghanischen, irakischen, palästinensischen und libyschen Bevölkerung erinnern, die nach den inszenierten Infernos des Westens in ihrem Chaos und der sich anschließenden Anarchie alleine gelassen worden sind. Sie bekamen Politiker vorgesetzt, die vom Westen ausgesucht und eingeflogen worden sind und niemanden, außer sich selbst repräsentieren. Diese Farce sollte sich in Syrien nicht wiederholen. ☉

---

*Dr. Ludwig Watzal arbeitet als Journalist und Redakteur in Bonn, Deutschland. Zu erreichen über: [www.watzal.com](http://www.watzal.com).*

<sup>12</sup> <http://cosmos.ucc.ie/cs1064/jabowen/IPSC/articles/article0005345.html>.

<sup>13</sup> <http://zfacts.com/p/139.html>.